



Inhaltsverzeichnis

13.10.2025	umweltFAIRaendern.de: Lubmin: Zwischenlagerung von hochradioaktivem Atommüll mit temporärer Sicherheit	3
14.10.2025	AG Schacht Konrad: Zwischenlager statt Atomtransporte!	4
15.10.2025	Isenhagener Kreisblatt: Informationsabend zur Endlagersuche	7

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 umweltFAIRaendern.de

Lubmin: Zwischenlagerung von hochradioaktivem Atommüll mit temporärer Sicherheit

13. Oktober 2025 13:02 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert 0

Schon seit über einem Jahrzehnt ist klar, dass das Zwischenlager für hochaktiven **Atommüll** aus dem ehemaligen AKW Greifswald in Lubmin den Sicherheitsanforderungen des Bundes nicht mehr entspricht. Nur mit temporären Maßnahmen wird das Zwischenlager mit Blick auf den erhöhten Terrorgefahren überwacht. Der Versuch, das alte Lager baulich nachzurüsten, scheiterte. Erst in 2019 stellte der Betreiber **EWN** dann den Antrag für den erforderlichen Neubau. Jetzt meldet der NDR auf Basis von Informationen der **EWN**, dass es offenbar erheblich weitere Verzögerungen geben wird, sodass ein Neubau mit verbessertem Sicherheitskonzept wohl nun erst Anfang der 2030er begonnen werden kann. Erst 2036 soll es dann zur Umlagerung der 74 Castor-Behälter von der alten in die neue Halle kommen. 220 Millionen soll das neue Zwischenlager dann kosten. In Jülich, wo ebenfalls **Atommüll** nur mit temporären Maßnahmen gelagert wird, sollen nun sogar per Sofort-Vollzug über 150 hochgefährliche **Atommülltransporte** nach Ahaus gebracht werden. (FOTO: Betreiber)

Der NDR berichtet hier (Text) und hier (Video) über den neuen Zeitplan für das **Zwischenlager Nord** in Lubmin, auf Basis von Informationen der EnergieWerke Nord (**EWN**). Über das **ESTRAL** genannten Zwischenlager berichtet **EWN** auch hier. Die zuständige Genehmigungsbehörde ist das **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, BASE**, die hier über das Zwischenlager informiert. Alles über das Zwischenlager Lubmin auf umweltFAIRaendern.de Hinweis: Das Zwischenlager in Lubmin zählt nicht zur „Bundesgesellschaft für Zwischenlager“ (**BGZ**), sondern gehört in den Bereich des Bundesfinanzministeriums, als Folge der Wiedervereinigung mit der DDR und der damit verbundenen Übernahme über die Treuhand.

Dieser neue „Zeitplan“ erweckt den Eindruck, also wollten die zuständigen Behörden zunächst die anstehenden Verfahren für die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus abwarten. Die beiden Zwischenlager für hochaktiven **Atommüll** müssen spätestens Mitte der 2030er Jahre komplett neue Genehmigungen nach Stand von Wissenschaft und Technik erhalten, da die bisherigen Genehmigungen befristet auf 40 Jahre erteilt wurde. Eigentlich sollte die Zwischenlager nach Ablauf dieser 40 Jahre aufgelöst werden und der **Atommüll** in ein **Endlager** verbracht werden. Doch dieser „Zeitplan“ ist komplett gescheitert. Heute wird mit Zwischenlagerfristen von 80 bis 100 Jahren gerechnet, weil es vorher kein betriebsbereites **Endlager** geben wird.

Das Zwischenlager Nord erfüllt baulich nicht mehr die Terrorschutzanforderungen der Bundesregierung. Weil die Statik des Gebäudes es nicht erlaubt, Nachbesserungen einzubauen, muss ein komplett neues Lager gebaut werden. Seit 2019 liegt ein Antrag zur Genehmigung vor. Jetzt wird klar: Es wird noch weitere Jahre dauern, bis es rund um die 2030er Jahre zu einer entsprechenden Genehmigung kommen wird. Die Blaupause dafür könnten dann Gorleben und Ahaus werden.

Beim NDR heißt es u.a.: „Bund hat Anforderungen an den Terrorschutz erhöht – Der Bund hatte 2011 infolge des Terroranschlags vom 11. September 2001 in den USA und nachfolgenden Anschlägen in Europa die Sicherungsanforderungen an die Lagerung von Castor-Behältern für alle Zwischenlager erhöht. Dabei wurde untersucht, inwieweit die Atommülllager gegen Flugzeugabstürze und den Beschuss mit panzerbrechenden Waffen gesichert sind. Für Lubmin hieß es im Ergebnis: Neubau.“

Weiter berichtet der NDR darüber, dass bislang nur rund 80 Prozent der Antragsunterlagen beim zuständigen Bundesamt vorliegen. „Aufgrund der Komplexität der Genehmigungsverfahren sei es verständlich, dass Prüfung und Überarbeitung der Fülle an eingereichten Unterlagen mehr Zeit in Anspruch nehmen, begründete ein EWN-Sprecher die Verzögerungen. Die Kosten für das Lager werden inzwischen auf 220 Millionen Euro geschätzt.“

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



AG Schacht Konrad

Zwischenlager statt Atomtransporte!

14. Oktober 2025 15:59 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

(PI Umweltinstitut und .ausgestrahlt, 09.10.25) Atommüll im Forschungsreaktor Garching: Umweltorganisationen fordern Zwischenlager statt Transporte!

Umwelt- und Friedensorganisationen protestieren gegen die geplanten Transporte von waffenfähigem Uran vom Forschungsreaktor Garching nach Ahaus. Sie fordern, in Garching eine Anlage zu bauen, um das Uran zu verdünnen, abzureichern und unschädlich zu machen. Sie sehen die Technische Universität München (TUM) in der Verantwortung, am Standort Garching ein sicheres Zwischenlager zu schaffen. Am Donnerstag legten Organisationen wie Umweltinstitut München, .ausgestrahlt, Greenpeace und BUND symbolisch den Grundstein für ein solches Lager neben dem Reaktor.

Im August wurde bekannt, dass das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) den Transport von zwei Castoren mit zehn Brennelementen von Garching nach Ahaus genehmigt hat. Die abgebrannten Brennelemente enthalten hoch angereichertes Uran (HEU). Der Grad der Anreicherung mit dem spaltbaren Uran-235 ist höher als 87 Prozent. Dieses Material kann für den Bau von Atomwaffen missbraucht werden. Das Zwischenlager in Ahaus ist für diesen Stoff aus Sicht der Umweltorganisationen nicht geeignet. Ausreichender Schutz ist nicht gewährleistet, und das Uran kann dort nicht entschärft werden.

„Schon lange bevor der Reaktor vor gut 20 Jahren in Betrieb ging, forderte das Umweltinstitut, dass die TU München kein hoch angereichertes Uran einsetzen soll. Das hätte viele Probleme erspart. Nun muss die TU Verantwortung für den brisanten Atommüll übernehmen und die Abreicherung des Atommülls einleiten, statt ihn nach Ahaus zu verlagern“, sagt Hauke Doerk, Referent für Atompolitik am Umweltinstitut München. „In der Betriebsgenehmigung von 2003 war noch die Rede von einem Atommüll-Endlager in den 2030er Jahren und einer Umrüstung nach sechs Betriebsjahren. Nur unter dieser Bedingung wurde die Lagerung in Ahaus akzeptiert. Nun wird immer klarer, dass ein Endlager bestenfalls erst in einem halben Jahrhundert existiert, vielleicht noch später. So lange darf das waffenfähige Uran keinesfalls unbehandelt herumliegen.“

Sarah Lahl von der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt warnt: „Atomtransporte von Garching nach Ahaus lösen das Problem nicht, sie erhöhen sogar das Risiko. Die strahlende Fracht birgt nicht nur ein Unfallrisiko, sie ist auch völlig unzureichend gegen terroristische Angriffe gesichert, beispielsweise mit Drohnen. Das technische Verfahren zur nötigen Abreicherung des Atommülls ist in Ahaus darüber hinaus nicht durchführbar. Außerdem ist das Lager in Ahaus ungenügend gegen Flugzeugabstürze oder Drohnenangriffe gesichert; tatsächlich ist es eines der am schlechtesten gegen Angriffe geschützten Zwischenlager Deutschlands. Für den bestmöglichen Schutz von Umwelt und Bevölkerung brauchen wir ein ausreichend gesichertes Zwischenlager direkt in Garching.“

Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen ergänzt: „In Ahaus herrscht große Unruhe über die aus Bayern geplante Atommüll-Verschiebung. Warum übernimmt die bayerische Staatsregierung nicht selbst Verantwortung für den eigenen Atommüll? Die Stadt Ahaus hat zu Recht Widerspruch gegen die Einlagerungsgenehmigung eingelegt. Auch dort läuft die Genehmigung des Zwischenlagers 2036 aus. Wir lehnen gefährlichen Atommülltourismus ab und gehen gemeinsam mit den Umweltverbänden auf die Straße.“

Kasimir Buhr, Referent für Energie & Klima des BUND Naturschutz in Bayern, fordert: „Der Reaktor in Garching darf nicht mit hoch angereichertem Uran weiterbetrieben werden. Es gibt einen internationalen Konsens, Forschungsreaktoren auf niedrig angereichertes Uran umzurüsten, um die Verfügbarkeit von Brennstoff für Atombomben zu verringern. Daran muss sich auch Bayern halten.“

Hintergrund: In Deutschland gilt das Verursacherprinzip auch für die Entsorgung von Atommüll. Im Falle des Forschungsreaktors FRM II muss also die TU München die Behandlung (Konditionierung) des Atommülls vor dem Verbringen ins Endlager tragen. Dazu ist die Verdünnung des Urans gut geeignet. Um jeglichen Missbrauch für Atomwaffen auszuschließen, sollte das Uran bereits vor der langfristigen

Zwischenlagerung abgereichert werden. Denn es wird noch viele Jahrzehnte dauern, bis ein Endlager betriebsbereit sein wird. Die TU München finanziert den Forschungsreaktor FRM II hauptsächlich über Gelder des Bundes und des Freistaats Bayern, also aus Steuergeldern, zu kleinerem Anteil über Drittmittel. Umweltorganisationen kritisieren, dass der Betreiber am HEU-Brennstoff festhält und dadurch andere auf den Problemen und Kosten, die diese Fehlentscheidung verursacht, sitzen bleiben.

Informationsabend zur Endlagersuche

Referentin von der Bundesgesellschaft für Endlagerung zu Gast in Wittingen

Wittingen – Die Stadt Wittingen lädt am Dienstag, 11. November, zu einer Informationsveranstaltung zur Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle ein. Beginn ist um 18 Uhr im Hotel Nöhre. Referentin ist Dagmar Dehmer, Bereichsleiterin für Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle gehört zu den größten

Zukunftsaufgaben Deutschlands. Aktuell befindet sich die Endlagersuche in Phase 1 von insgesamt drei Phasen. Die Stadt Wittingen lädt gemeinsam mit der BGE alle interessierten Bürger zu der Info-Veranstaltung ein, um frühzeitig und sachlich über den Stand der Dinge zu informieren. Eintritt frei.

In Deutschland sind insgesamt 90 sogenannte Teilgebiete ausgewiesen, die rund 54 Prozent des Bundesgebiets abdecken. Teilgebiete sind Regionen, die auf Grundlage geologischer Daten als

potenziell geeignet für die Endlagerung gelten. Die Region rund um Wittingen ist von vier dieser Teilgebiete betroffen: drei großflächige Tongesteinsgebiete sowie der Salzstock Wittingen. Sieben weitere Salzstöcke liegen in unmittelbarer Nähe. Bereits nach Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete (2020) hatte sich die Stadt Wittingen mit Nachbargemeinden zusammengeschlossen, um sich über die Entwicklungen auszutauschen.

Wörter: 175
Seite: 3
Ressort: Lokales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 3.487 (gedruckt)¹
4.647 (verkauft)¹
4.839 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,00588 (in Mio)²

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Isenhagener Kreisblatt

¹ IVW 2/2025

² AGMA ma 2025 Tageszeitungen